Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

[Bez]ugspreis: Durch unsere Boten [fre]i ins Haus monatlich [illegible] Mark. [Be]stellungen nehmen die Austräger [so]wie für Auswärtige die Postanstalten [ent]gegen. — Erscheint werktäglich. [F]ernsprech-Anschluß Nr. 83. [T]elegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 14.00 Mark, auswärtige Anzeigen 17.00 Mark, Reklame-Petitzeile 40.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 245 | Donnerstag, den 19. Oktober 1922 | 17. Jahrgang

Der Reichspräsident amtiert weiter.

Artikel 180 der Verfassung abgeändert.

Wie wir erfahren, haben in der Frage der Wahl des Reichspräsidenten die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien [m]it Zustimmung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen [V]olkspartei beschlossen, im Reichstag einen gemeinschaftlichen [A]ntrag einzubringen, durch den der Artikel 180 der Verfassung [da]hin abgeändert werden soll, daß der von der Nationalver[sa]mmlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. [J]uni 1925 weiterführt. Der Antrag ist gestern abend, un[te]rzeichnet von den Fraktionsvorsitzenden der genannten Par[te]ien, dem Reichstag zugegangen.

Reparation und Markstabilisierung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die letzte Entwicklung unserer Währung hat viel[le]ich den Glauben an eine Wiedergesundung unserer [G]eldverhältnisse zerstört. Viele Menschen in Deutsch[l]and geben sich darum dem Glauben hin, daß es jetzt [n]ur noch darauf ankomme, viel Waren zu hamstern oder [s]ich fremde Werte zu verschaffen, um aus dem allge[m]einen Zusammenbruch noch einiges zu retten. Es ist [k]lar, daß diese Verzweiflungsstimmung die schlechteste [L]uft für eine wirtschaftliche Wiedergesundung ist. Die [K]leinmütigen in unserem Volke, die so denken, müssen [g]eradezu beschämt werden durch diejenigen Ausländer, [d]ie eine Stabilisierung der Mark durchaus für möglich [h]alten. Das englische Mitglied der Reparationskom[m]ission Sir John Bradbury gehört zu diesen Op[t]imisten. Er ist auch jetzt noch der Meinung, daß der [D]ollar auf der Linie von 750 Mark festzuhalten wäre. [F]reilich meint er, daß rasch gehandelt werden müsse, da [j]eder verlorene Tag die Möglichkeiten einer Gesundung [v]erringere. Sein großer Plan sieht zwar eine Art vier[j]ährigen Moratoriums vor. Wir sollen in dieser Zeit [S]chatzwechsel geben, deren Laufzeit die Reparationskom[m]ission jeweils um zwei Jahre verlängern kann. Aber [e]r will in der Zwischenzeit eine harte Kontrolle der [d]eutschen Finanzen. Ganz abgesehen davon, daß ein [s]ouveräner Staat sich nicht die Eingriffe, die der eng[li]sche Vorschlag enthält, auferlegen lassen kann, die [g]anze bisherige Erfahrung beweist doch, daß die Fi[n]anzkontrolle eine Besserung nicht zu erzielen vermag. [A]lle Vorschläge, die die Entente bisher gemacht hat, wa[r]en Schläge ins Wasser. Wir haben auf Ersuchen der [E]ntente die Lebensmittelzuschüsse abgeschafft, wir er[h]öhten die Frachten und Posttarife, wir schufen die [Z]wangsanleihe und führten ungezählte neue Steuern [e]in; alles das hat den Dollar nicht zu senken vermocht, [u]nd die Mark ist nur um so rascher in den Abgrund ge[s]türzt. Nun sieht ja der Vorschlag Bradburys ein län[g]eres Moratorium vor, aber im entscheidenden Kern [v]ersagt auch sein Vorschlag. Es kommt nicht nur dar[a]uf an, ein Moratorium zu erhalten, sondern durch eine [A]nleihe müssen wir die Möglichkeiten der eigenen in[n]eren Wiederaufrichtung finden. Diese Anleihe erhal[t]en wir nicht, wenn die Reparationsschuld in der alten [i]rrsinnigen Höhe aufrechterhalten bleibt. Das sieht ja [j]etzt selbst Poincare ein, aber sein Vorschlag der [R]eduzierung unserer Schuld unter gleichzeitiger Vermin[d]erung oder Streichung der alliierten Kriegsschulden [i]st so geringfügig, daß es sich kaum lohnt, darüber zu [d]iskutieren.

Die Bankierkonferenz der Reparationskommission [h]atte seinerzeit die Summe von 25 Milliarden Gold[m]ark genannt, die Deutschland bestenfalls leisten könnte. [E]ine solche Schuldenreduzierung stieß auf den heftigsten [W]iderspruch Frankreichs, das überhaupt erst dann von [e]iner Streichung der Schuld etwas wissen will, wenn [w]ir eine Summe bezahlt haben, die wir ohnehin nicht [b]ezahlen können. Es ist immer der alte circulus vir[t]uoses. Jetzt ist Morgan wieder in Paris. Er läßt [z]war erklären, daß er nur in Privatgeschäften Frank[r]eich besuche, aber schon wissen amerikanische Blätter [z]u melden, daß er sich bereit erklärt habe, einer neuen [K]ommission beizutreten, die sich mit dem Problem der [M]arkstabilisierung beschäftigen soll. Die englischen Fi[n]anzkreise möchten das leidenschaftlich gern. Sie ver[b]reiten darum jetzt die Meinung, daß Morgan aufs neue [i]n eine Anleihekommission eintreten würde, wenn ihn [a]lle Mitglieder der Reparationskommission darum bit[t]en. Man will so eine gewisse Pression auf Frankreich [a]usüben. Da die Reparationskommission bereits in den [n]ächsten Tagen die Vorschläge Bradburys diskutieren [w]ill, so hätte die Bankierkommission unmittelbare Auf[g]aben. Aber man muß doch sehr bezweifeln, daß Frank[r]eich sich jetzt mit dem Gedanken einer neuen Bankierkommission, die ja auch erweiterte Befugnisse haben müßte, vertraut machen wird. Selbst die Vorschläge Bradburys gehen den Franzosen ja schon viel zu weit. Barthou und Poincare haben sich redlich bemüht, sie wesentlich zu verschlechtern. Vor allem taucht wiederum das imperialistische Ziel Frankreichs, Sicherungen und Sanktionen zu verlangen, auf. Das regierende Frankreich von heute kann eben nicht davon ablassen, alle diese rein wirtschaftlichen und finanziellen Fragen mit politischen Aspirationen zu verquicken. Es erscheint darum zur Stunde noch äußerst zweifelhaft, ob die bevorstehende Debatte in der Reparationskommission irgendwelche brauchbaren Ergebnisse zeitigt. Und davon wird es in erster Linie abhängen, ob man eine neue Bankierkonferenz berufen kann oder nicht.

Es wäre falsch, wollten wir in Deutschland weiterhin die Hände müßig in den Schoß legen. Es ist darum verdienstlich, wenn von deutscher Seite die Möglichkeiten einer Markstabilisierung untersucht werden. Bereits auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld hat sich der deutsche Sachverständige Prof. M. Bonn dieser verdienstlichen Aufgabe unterzogen. Soeben hat auch Dr. Karl Melchior in der Gruppe für Handel und Industrie der Deutschen Demokratischen Partei Hamburg das Problem behandelt. Auch er bezeichnet als erste Voraussetzung einer Besserungsmöglichkeit, daß wir ein vollständiges Zahlungsmoratorium erhalten. Mit diesem Moratorium Hand in Hand müssen eigene Anstrengungen gehen, die Mark zu stabilisieren. Erst dann sind wir politisch in der Lage, die englischen Zumutungen und vor allem die französischen Gewalteingriffe abzuwehren. Dr. Karl Melchior vertritt die Auffassung, daß wir zunächst gewisse hohe Fonds von Goldmark bereitstellen müssen und dann zu versuchen haben, auf welchen Kurs die Papiermark gestellt werden kann. Es muß eine Stabilisierungskasse gegründet werden, die den Dollar zunächst auf zweitausend Mark festzuhalten versucht und dann die Reichsmark zu diesem Kurs ausgibt oder kauft. Dabei soll aber immer eine gewisse Spannung bleiben und entsprechend der größeren Nachfrage nach Reichsmark eine allmähliche Kursherabsetzung solange erfolgen, bis Angebot und Nachfrage einen festen Kurs der Mark ermöglichen. Dr. Melchior glaubt, daß man auf der nächsten Reparationskonferenz den Ausgangspunkt finden wird, weil man ihn finden muß. Gerade darum aber ist von deutscher Seite eine aktive Währungspolitik wünschenswert.

Eine Kommission für Stabilisierung der Mark.

Pierpont Morgan als Vorsitzender.

Die Chicago Tribune behauptet zu wissen, daß Pierpont Morgan aufgefordert worden sei, als amerikanisches Mitglied in die geplante neue Kommission zur Stabilisierung der deutschen Mark einzutreten. Die neue Kommission sei das Kernstück des Bradburyschen Projektes. In englischen Kreisen der Reparationskommission habe man bereits versichert, daß Morgan vertraulich zugesichert habe, der Aufforderung nachzukommen, wenn es von allen beteiligten Alliierten in freundschaftlichem Einvernehmen gewünscht werde. Bradbury beabsichtigt, wie das Blatt hinzufügt, die Mark auf etwa 750 für einen Dollar zu stabilisieren, während er noch vor einigen Wochen sich mit der Absicht getragen hat, die Stabilisierung auf 500 vorzunehmen. Ein weiterer Aufschub wird möglicherweise zwingen, für die Stabilisierung 1000 Mark auf einen Dollar festzusetzen.

Gegen die deutsche Mark in Frankreich.

Der Deputierte Godard hat der Kammer einen Gesetzesvorschlag überreicht, der in Frankreich jeden Ankauf von deutscher Mark verbieten soll. Nur für direkte Handelsgeschäfte soll eine Ausnahme gemacht werden. In der Begründung sagt Godard, daß es viele Spekulanten in Frankreich gebe, die deutsche Mark kauften, und daß diese Leute in einem gewissen Maße zu dem finanziellen Zusammenbruch Deutschlands beigetragen hätten. Er wolle durch seinen Antrag die Franzosen vor Verlusten schützen und zugleich Deutschland den Vorwand nehmen, einen Aufschub oder eine Herabsetzung seiner Zahlungen zu verlangen.

Die Goldschatzanweisungen.

Gestern fand eine letzte Beratung der Reichsregierung mit den Sachverständigen über die Frage der auszugebenden Goldschatzanweisungen statt. Die kleinste Goldschatzanweisung dürfte dem Wert von 25 Dollar entsprechen, die nächsten Anweisungen werden wahrscheinlich einen solchen von 50, 75 Dollar usw. besitzen. Der Höchstbetrag steht noch nicht fest. Die Ausgabe der Schatzanweisungen soll sogleich nach Abschluß der notwendigen Vorarbeiten erfolgen. Da diese aber sehr umfangreich sind, dürften die Schatzanweisungen nicht vor Mitte November in den Verkehr kommen.

Sozialdemokratie und Reichsbankgold.

Uebereinstimmend mit den Forderungen der Gewerkschaften verlangen jetzt auch die Sozialdemokraten, daß der größte Teil des Reichsbankgoldes zur Stabilisierung der deutschen Währung benutzt wird. Sie verlangen, daß die Reichsbank dieses Gold nicht tot liegen läßt, sondern Devisen dafür kauft. Die Reichsbank hat diese Forderung, wie wir hören, bereits abschlägig beschieden und auf ihre autonome Stellung hingewiesen. Infolgedessen fordern die Sozialdemokraten, daß die Autonomie der Reichsbank wieder aufgehoben und die Reichsbank der Kontrolle des Reichstages unterstellt wird. Des weiteren geht eine Forderung der Sozialdemokraten dahin, daß die Reichsbank den Ankaufspreis für Gold entsprechend dem tatsächlichen Wert in die Höhe setzt.

Reichstagsstimmungsbild.

Die gestrige Sitzung des Reichstages stand stimmungsmäßig unter einem guten Stern: hinter den Kulissen war zwischen den Parteien das Kompromiß über die Neuwahl des Reichspräsidenten zustande gekommen. Der Tag brachte im übrigen zwei Sitzungen: in der ersten wurde, nachdem die Beantwortung der deutschnationalen Interpellation über die Vorgänge im Zirkus Busch in Berlin in der vorgeschriebenen Frist zugesagt worden war, ein Gesetzentwurf über die Höhe der Zeugen- und Sachverständigengebühren und über die Erhöhung der Grenze für Lohnpfändungen an den Ausschuß verwiesen. Auch die Vorlage über die Neuregelung der Beamtenbesoldung ging zunächst an den Haushaltsausschuß. Auf diese Weise geschah es, daß der Ernährungsminister noch nicht zugegen war, als man bereits bei der Beratung des Entwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide, der Umlagefrage, angelangt war. Man mußte eine halbe Stunde vertagen und eine zweite Sitzung anberaumen, die dann der inzwischen erschienene Prof. Fehr mit einer eingehenden Darstellung der Umstände eröffnete, die die Regierung veranlaßt haben, der Erhöhung des ersten Umlagedrittels zuzustimmen. Dr. Fehr wies darauf hin, daß bei der Festsetzung des Umlagepreises der Dollar auf 317 gestanden habe, während er heute auf 2800 stehe. Er führte weiter an, daß die Ablieferung des Umlagegetreides nur unzulänglich geschehen sei und daß dagegen im Grunde so gut wie nichts getan werden könne. Die Landwirtschaft werde aber besseren Willen und besseres Vertrauen zu sich selbst bekunden, wenn man ihr Entgegenkommen zeige. Abg. Dr. Hertz (Soz.) erklärte, daß Beunruhigung letzten Endes mehr dadurch entstanden sei, daß die Regierung ohne Befragung des Parlamentes habe vorgehen wollen, als durch die Abänderung eines früheren Beschlusses. Der Abg. Schiele (Deutschnat.) brachte zum Ausdruck, daß die Landwirtschaft ihre Wünsche natürlich nur in völlig unzulänglichem Maße erfüllt sehe. Die bürgerlichen Parteien gedachten nicht die Aussprache in die Länge zu ziehen: der Entwurf ging zur weiteren abschließenden Behandlung an den Ausschuß.

Die bayrische Regierung zur Teuerungskatastrophe.

Die bayrische Staatsregierung hat an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die sich zunächst mit den sich ganz besonders in Bayern geltend machenden verhängnisvollen Auswirkungen der Teuerungskatastrophe beschäftigt. Die Denkschrift betont, daß an dem Wort des Reichskanzlers „Erst Brot, dann Reparationen“ unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Ebenso müsse nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen. Als Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Verschlechterung der Mark und zur Besserung ihres Wertes bringt die bayrische Regierung u. a. in Vorschlag Sicherung der Ruhe und Ordnung im Inland, größte Sparsamkeit im Reichshaushalt, möglichste Verminderung der Ausfuhr lebenswichtiger im Inland nicht genügend vorhandener Waren, Einschränkung des inländischen Bedarfes auf das Unentbehrliche, Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren, möglichste Heranziehung der Ausfuhr zur Deckung der unentbehrlichen Einfuhr, Verbot inländischer Fakturierung und Zahlung in ausländischer Währung. Außerdem schlägt die bayrische Regierung vor, strenge Ueberwachung der Verbände, Kartelle und Syndikate in Industrie und Handel, besonders ihrer Preisfestsetzung im Wege einer hohe Strafen vorsehenden Notverordnung, Preisüberwachung im übrigen Verkehr, scharfe Bekämpfung des Wuchers durch Bestrafung mit Zuchthaus, Ausweisung, Arbeitshaus, Vermögenskonfiskation und Schließung des Betriebes, Verringerung und Säuberung des Zwischenhandels. Die Denkschrift betont, daß alle diese Vorschläge nur eine Linderung des Uebels aber keine Heb-

[...]chung. [...]getreide. [...]ng des Verkehrs [...]getreide (Roggen, [...] zerkleinert, sowie [...]r Bereitung von [...] Mehl, welches [...] ist dem Bezirks[...] [...]nungen werden [...]ten Gesetzes mit [...]eldstrafe bis zu [...] bestraft. [...] Schwarzenberg.

[...]schuhe u. Stiefel, [...] Kinder[...] [...] Korbinsky, Reichsstr. 12.

[...]eeschuhe [...]fen gesucht. [...]nter A.T.4941 an [...] Tageblatt erbeten.

[...]eige zu verkaufen [...]ckauer Gasse 16.

[...]ckelfelle [...] Paul Ficker, Aue [...]rnst-Papst-Str. 4.

[...]öpfe [...]pariert billigst [...]zester Zeit [...]& Gauger